



## Newsletter Mai 2018

connosco e.V.  
Lotharstr. 14-18  
50937 Köln  
Website: [www.connosco.de](http://www.connosco.de)  
E-Mail: [info@connosco.de](mailto:info@connosco.de)



**Editorial & Grußwort**

3

**Kurznachrichten**

4

*Von Marc Reismann*

**Neuer Präsident in Kuba**

5

*Von Lena Greiner*

**Mexiko und EU kündigen  
Abschluss von neuem  
Freihandelsabkommen an**

6

*Von Robin Werbeck*

**Pressefreiheit in Lateinamerika  
weiterhin unter Beschuss**

8

*Von Thilo Vogt*

## **Inhalt**

## Editorial & Grußwort

**Liebe Lateinamerika-Freunde,**

Informationen zu der zukünftigen Präsidentschaftswahl in Kuba finden Sie ab Seite 5. Hintergründe zum Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und der EU erfahren Sie ab Seite 6. Lateinamerika schneidet im Bereich Pressefreiheit im internationalen Vergleich schlecht ab. Informationen zu diesem Thema finden Sie ab Seite 8.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

**Herzlichst,  
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

## Kurznachrichten

Von Marc Reismann

### **Mauricio Macri bittet IWF um Kredite in zweistelliger Milliardenhöhe**

Buenos Aires. Argentiniens Präsident Macri wird in naher Zukunft den Internationalen Währungsfonds (IWF) um eine Kreditaufnahme zwischen 20 und 30 Milliarden US-Dollar bitten. Macri selbst bezeichnet seine bisherige Wirtschaftspolitik als gescheitert und erhofft sich mit den Krediten größeres Vertrauen am internationalen Kapitalmarkt. Oppositionelle Stimmen kritisieren Macris geplante Neuverschuldung scharf.

### **Nach USA und Guatemala: Paraguay verlegt Botschaft nach Jerusalem**

Asunción/Jerusalem. Paraguay hat angekündigt noch in diesem Monat seine Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Paraguays Präsident Horacio Cartes begründet diesen Schritt als „politischer Verpflichtung und persönlichem Wunsch“.

### **Präsidentenwahlen in Venezuela: Falcón verspricht Privatisierung**

Caracas. Oppositioneller Präsidentschaftskandidat, Henri Falcón, hat vor nationalen und internationalen Medien angekündigt im Falle eines Wahlsieges mit der aktuellen Wirtschaftspolitik Venezuelas zu brechen. Herausforderer Falcón setzt auf die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen. Betroffen wären die Sektoren der Telekommunikation, Elektrizität und Haushaltsgas.

### **Brasilien: 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen leben in Armut**

Brasilia. In einer Studie der brasilianischen Nichtregierungsorganisation *Abriq* wurde eine Kinder- und Jugendarmut in Brasilien im Jahr 2016 von 40 Prozent beschrieben. 17,3 Millionen Menschen bis 14 Jahren leben demnach in Armut, von denen 5,8 Millionen in extremer Armut leben. Besonders betroffen sind nördliche und nordöstliche Lagen in Brasilien. In diesen Regionen liegt die Armut der Kinder und Jugendlichen bei 54 Prozent bzw. 60 Prozent.

## Neuer Präsident in Kuba

Von Lena Greiner

Nach fast sechs Jahrzehnten unter der Herrschaft der Castro Brüder fand im vergangenen Monat ein Wechsel an der Regierungsspitze statt: Miguel Díaz-Canel ist der neue Präsident Kubas. Das Parlament mit Sitz in Havanna wählte den bisherigen Vizepräsidenten am 19. April 2018 zum Nachfolger von Raúl Castro. Neben der Wahl zum Präsidenten wurden ebenso die weiteren 30 Mitglieder des Staatsrates gewählt. Das Mandat von Raúl Castro als Vorsitzender des Staats- und Ministerrats endete somit. Dennoch bleibt er erster Sekretär der Kommunistischen Partei, womit er auf der politischen Bühne nach wie vor präsent sein wird.

Der 58-jährige Díaz-Canel war bereits seit Längerem als sicherer Nachfolger von Raúl Castro gehandelt worden. Der gelernte Elektroingenieur machte Karriere beim kommunistischen Jugendverband und war Erster Sekretär der Kommunistischen Partei in den Provinzen Villa Clara (ab 1994) und Holguín (ab 2003). Schließlich belegte er das Amt des Ministers für Hochschulbildung. Er war der von Raúl Castro favorisierte Nachfolger auf das Präsidenten-schaftsamt und fungierte in der Vergangenheit oftmals als dessen rechte Hand. Somit sind von ihm hinsichtlich der politischen Linie keine großen Veränderungen zu erwarten. Zuletzt erklärte er: „Die kubanischen Präsidenten werden stets die Revolution verteidigen. Vor allem brauchen wir Kontinuität.“

Díaz-Canel steht als neuer Präsident vor großen Herausforderungen. Nachdem Raúl Castro nach jahrzehntelangem Stillstand die Beziehungen zu den USA wieder aufgenommen sowie vorsichtig wirtschaftliche Reformen eingeleitet hatte, geriet die Öffnung des Landes wieder ins Stocken und die abgekühlten Beziehungen zu den USA unter Trump versetzten dem kubanischen Tourismus einen Dämpfer. Die Unterstützung des verbündeten Venezuelas fällt inzwischen weitaus kleiner aus, da das Land nach wie vor in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, deren Ausgang ungewiss ist. Kubas Wirtschaft stagniert und es gibt soziale Spannungen, die den neuen Präsidenten vor große Aufgaben stellen.

Díaz-Canel wird zukünftig den Spagat zwischen politischer Ordnung, sozialer Errungenschaften der Revolution und einer zunehmenden Öffnung hin

zur Privatwirtschaft bewältigen müssen. Viele junge gut ausgebildete Kubaner suchen ihre Zukunft im Ausland, da sie in Kuba keine berufliche Perspektive für sich sehen. Díaz-Canel wird mehr ausländische Investoren ins Land holen müssen, aber eben auch Sorge dafür tragen, dass die immer größer werdenden Einkommensunterschiede unter der kubanischen Bevölkerung nicht zu sozialen Spannungen führen.

Die Kubaner werden ihn nach seiner Leistung als Staatsoberhaupt beurteilen. Er gehört nicht mehr zu der Generation, die ihre Macht mit dem fast 60 Jahre zurückliegenden Sieg über den Diktator Batista legitimieren kann. Somit ist es umso bedeutsamer für Díaz-Canel, dass Raúl Castro weiterhin Parteichef der Kommunistischen Partei bleiben wird und ihm in den eigenen Reihen den Rücken stärken kann.

Als eine der großen Herausforderungen vor denen Díaz-Canel steht, dürfte die Abschaffung der Doppelwährung in Kuba gelten. Diese schuf Ungleichheit zwischen denjenigen, die Zugang zum konvertierbaren Peso hatten und somit leicht an Devisen gelangten und dem Rest der kubanischen Bevölkerung, welcher mit dem nahezu wertlosen kubanischen Peso auskommen musste. Eine Währungsreform wurde von Raúl Castro seit Langem angekündigt, aber bisher noch nicht durchgeführt.

Als erste offizielle Amtshandlung empfing Díaz-Canel den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, dessen Unterstützung durch Öllieferungen im Austausch gegen kubanische Ärzte nach wie vor, wenn auch in einem viel geringeren Maß als früher, zur Aufrechterhaltung des kubanischen Modells beiträgt.

## **Mexiko und EU kündigen Abschluss von neuem Freihandelsabkommen an**

*Von Robin Werbeck*

Die aus wirtschaftlicher Sicht zweitwichtigste Nation Lateinamerikas, Mexiko, und der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt, die Europäische Union, haben Ende April die Unterzeichnung eines seit 2016 verhandelten

Handelsabkommen angekündigt. Mitgeteilt wurde dies in einer gemeinsamen Erklärung durch den mexikanischen Wirtschaftsminister Guajardo sowie durch die EU-Kommissare Malmström (zuständig für Handel) und Hogan (Landwirtschaft) nach einer Verhandlungsrunde in Brüssel. Bisher wird der gemeinsame Handel durch ein Abkommen aus dem Jahr 2000 geregelt. Es soll durch die angekündigte – deutlich ausgeweitete – Vereinbarung ersetzt werden. Es müssten durch die Unterhändler nur noch einige „technische Fragen“ gelöst werden. Es wird erwartet, dass der 20 Milliarden Euro schwere Handel zwischen Mexiko und EU nun weiter steigen werde.

### **Deutliche Ausweitung der zollfreien Handelsbeziehungen**

Das aktualisierte Abkommen soll Zölle für Agrarprodukte (Zölle für Industriegüter waren bereits weitgehend eliminiert) fast komplett abschaffen, so dass 99% aller Waren frei gehandelt werden könnten. Insgesamt sollen europäische Unternehmen bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr an Zöllen sparen. Mexiko wird beispielsweise Zölle für Schokolade (bisher bis zu 30 Prozent) und Teigwaren (bis zu 20 Prozent) aus der EU aufheben. Wegfallen sollen auch Zölle auf Schweine- und Geflügelfleisch sowie auf bestimmte Käsesorten. Ein weiterer großer Punkt des Abkommens ist der Schutz von sogenannten „geografischen Angaben“ von mexikanischen und europäischen Produkten. Insgesamt 340 Angaben wie „Nürnberger Bratwürste“ oder spanischer „Jerez“ werden in Mexiko nun besonders geschützt. Mexiko profitiert vom besonderen Schutz des alkoholischen Getränkes „Tequila“ sowie insbesondere auch vom Wegfall von Zöllen auf Orangensaft, Thunfisch, Agavensirup, Früchten und Gemüse. Der Präsident des Verbandes industrieller Handelskammern (Concamin) in Mexiko, Francisco Cervantes, betonte, dass damit wichtige Interessen des Agrarsektors im Land gewahrt würden.

### **Bedient das Abkommen insbesondere europäische Interessen?**

Für Mexiko kommt die Einigung zu einer Zeit in der sich die Verhandlungen mit den USA und Kanada über Anpassungen des Nafta-Abkommens in einer kritischen Phase befinden. Der US-amerikanische Präsident Trump verübt hohen Druck auf die aktuelle Vereinbarung und will für die USA bessere Konditionen aushandeln, die möglicherweise Mexiko wirtschaftlich schaden könnten. Das jetzt angekündigte Mexiko-EU Handelsabkommen hat aber

nicht nur positive Reaktionen hervorgehoben. Von linken gesellschaftlichen Stakeholdern wird betont, dass nur europäische Interessen – insbesondere von Großkonzernen – bedient würden und mexikanische Kleinbauern und Landwirte stark benachteiligt würden. So würde die Armut in Mexiko verschärft und die Ausbeutung von Arbeitenden vorangetrieben. Durch den stark ausgeweiteten Schutz von „geografischen Angaben“ würde zudem die im „Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum“ (Trips) beschlossene Flexibilität für Entwicklungs- und Schwellenländer durch darüberhinausgehende Bestimmungen untergraben.

## Pressefreiheit in Lateinamerika weiterhin unter Beschuss

Von Thilo Vogt

### **Das aktuelle Ranking der Pressefreiheit**

Ende April veröffentlichte die NGO *Reporter ohne Grenzen* ihre diesjährige Rangliste der Pressefreiheit, die ein durchwachsenes bis gewohnt düsteres Bild für Lateinamerika zeichnet. Neben Kuba (Platz 172 von 180), in dem die Lage für die Presse als sehr ernst beschrieben wird, werden auch Ländern wie Mexiko (147), Venezuela (143) und Kolumbien (130), laut der Autoren, eine schwierige Lage attestiert, und stellen die regionalen Schlusslichter dar. Erkennbare Probleme wurden in Ländern wie Brasilien (102), Peru (88), Ecuador (92) und Argentinien (52) erkannt. Zufriedenstellende Ergebnisse liefern hingegen Chile (38) und Uruguay (20), während Costa Rica als einziges Land eine gute Lage zugeschrieben wird, und somit unter den besten 10 ist.

### **Die Presselandschaft unter wirtschaftlichen Druck**

Die Art und Weise wie die Presse unter Druck gerät, reduziert sich nicht nur auf die gängige Annahme, dass Journalisten in autoritären Regimen verhaftet oder ermordet werden, sondern auch ökonomischen Sachzwängen und



gewinnorientierter Berichterstattung unterworfen sind, insbesondere wenn der Medienmarkt unter wenigen großen Unternehmen aufgeteilt ist. In Ländern wie Brasilien und Peru wird die Presselandschaft meist durch ein Oligopol weniger großer Medienkonzerne aufgeteilt. Dadurch gerät die Meinungsvielfalt ins Wanken und die Gefahr einer tendenziösen bis einseitigen Berichterstattung muss dabei bedacht werden. Diese Marktaufteilung geht zudem zu Lasten kleiner und lokaler Medienschaffender, die mit einem geringem Budget kaum ihren Einfluss in der Medienlandschaft geltend machen können.

### **Leichte Fortschritte sind erkennbar**

In Ecuador entspannt sich allmählich die Beziehung zwischen Presse und Präsident, was nicht zuletzt dem personellen Wechsel von Rafael Correa zu Lenin Moreno geschuldet ist. Während der Präsidentschaft Correas war diese Beziehung durch eine von ihm gesetzte mediale Agenda geprägt, die kritische Stimmen abwehrte, indem er die Presse persönlich, juristisch oder öffentlich angriff. *Reporter ohne Grenzen* hofft, dass sich unter der Präsidentschaft Morenos die Presse wieder ihr kritisches Potential ausbauen könne und das Mediengesetz von 2013 durch ihn abgeschafft werde, das die Arbeit der Medien bis dato erschwerte.

### **Direkte Gewalt gegen Journalisten**

In weiten Teilen der Welt ist der Staat der aktive und sichtbare Akteur bei der Limitierung der Pressefreiheit, doch in Lateinamerika zeichnet sich hingegen ab, dass sich staatliche Institutionen und Behörden durch Unterlassung ihrer Sicherheitsfunktion bemerkbar machen. Weiterhin bleibt die direkte Gewalt gegenüber Journalisten ein großes Problem. Mexiko gehört derzeit zu einem der Länder, das sich den unrühmlichen Preis sichert, eines der gefährlichsten Länder für Reporter zu sein. Im letzten Jahr wurden 507 Angriffe registriert, wovon zwölf tödlich endeten. Seit 2000 wurden insgesamt 114 Morde an mexikanischen Journalisten gezählt. In diesem Jahr waren es bereits drei Morde. Als Drahtzieher der Angriffe werden allerdings weniger Mitglieder der organisierten Kriminalität identifiziert, sondern in der Hälfte der Fälle öffentliche Amtsträger, die eine kritische und investiga-

tive Presse, die immer wieder Fälle von Korruption aufdecke, ruhigstellen wollen.

Doch nicht nur Mexiko gilt als Sorgenkind der Region. Auch in Kolumbien hat sich laut Reporter ohne Grenzen eine Verschlechterung ergeben. Die Hoffnungen, die durch den Friedensprozess und der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der FARC und der Regierung unter Juan Manuel Santos geweckt wurden, müssen der Realität weichen, die durch einen Gewaltanstieg in manchen vom Staat nicht ausreichend kontrollierten Gebieten charakterisiert ist. Auch hier müssen sich Journalisten vor sogenannten *Bandas Criminales*, oder kurz *bacrim*, in Acht nehmen, die meist auch im Dunstkreis von korrupten Lokalpolitikern zu finden sind.

Die Gewalt in Kolumbien strahlt zudem in die Nachbarländer aus, sodass zuletzt auch im Norden Ecuadors im Grenzgebiet zu Kolumbien zwei Reporter und ihr Fahrer umgebracht wurden. Ecuadors Präsident Lenin Moreno hält es für möglich, dass FARC-Dissidenten unter der Führung von „El Guacho“ für den Tod der Reporter verantwortlich sind und hat rund 100.000 Dollar Belohnung für dessen Ergreifung offeriert. Zuletzt wurde diese Dissidentengruppe für Anschläge in Kolumbien und Ecuador verantwortlich gemacht.

### **Hoffnung auf einen Politikwechsel**

Obwohl sich in weiten Teilen Lateinamerikas die Arbeit für Journalisten schwierig gestaltet, in einigen Ländern gar ein gefährliches bis tödliches Unterfangen ist, so ist die Presse eines der wichtigsten Instrumente, um einen Gegenpol zu Korruption und Repression darzustellen. Des Weiteren werden die Karten in einigen der am schlechtesten bewerteten Ländern, nämlich in Kuba, Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Brasilien, im lateinamerikanischen Superwahljahr neu gemischt. Es wird sich zeigen, ob sich die Beziehungen zwischen Presse und Regierungen verbessern werden oder nicht.